

# Jetzt jammert sogar die FDP

Den Schweizern geht es so gut wie kaum einem anderen Volk. Noch höher als ihre Löhne sind nur ihre Ansprüche. Das liegt auch an der Politik: Fast alle Parteien reden uns ein, es gehe uns schlecht. Schlimmstenfalls droht eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Von Fabian Schäfer, Bern



Die Kaufkraft ist gross in der Schweiz, trotzdem verbreiten Parteien von links bis rechts schlechte Stimmung.

EDITH GEUPPERT / DPA

Schlimm, schlimmer, Schweiz. Wer die politischen Diskussionen der vergangenen Monate ernst nimmt, könnte depressiv werden. Die Schweizer, scheint es, sind echt bedauernswerte Geschöpfe, die einfach noch nicht bemerkt haben, wie schlecht es ihnen geht. Völlig neu ist diese Schwarzmalerei nicht. Man hat sich daran gewöhnt, dass die Parteien an beiden Rändern des Spektrums notorisch schlechte Stimmung verbreiten – dass sie zur Steigerung ihres Wähleranteils Miesmacherei in allen Landessprachen betreiben.

Um es überspitzt zu formulieren: Von links wird den Leuten eingeblutet, böse Konzerne, Vermieter und andere Abzocker zögen ihnen das Geld aus der Tasche, während sie selbst bald am Hungertuch nagen würden. Quasi in Ergänzung dazu zeichnet die Rechte ein komplementär desaströses Bild von einer Schweiz, in der kriminelle ausländische Massen den Einheimischen nicht nur den Arbeitsplatz wegnehmen, sondern auch den Platz im Zug, das Heimatgefühl und die Sicherheit. So weit, so bekannt.

## Gewerkschaftlicher Ton

Neu und alarmierend ist, dass mittlerweile sogar jene Partei in den Chor der Unheilspropheten einstimmt, von der man dies am wenigsten erwartet hätte: die FDP. Der stolze Freisinn, der nicht nur an die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen glaubt, sondern auch an den Fortschritt, scheint auf seine alten Tage den Optimismus verloren zu haben. Im besten Fall war es nur ein Ausrutscher, obwohl die Wortwahl wenig Interpretationsspielraum zulässt: Die Bevölkerung sei «knapp bei Kasse», verkündete die FDP vor einigen Wochen in einer denkwürdigen Stellungnahme. Ihr Titel: «Löhne schwächen: Nicht mit uns!» Dass die FDP mittlerweile mit Ausrufezeichen um sich wirft, ist das eine, der gewerkschaftliche Ton das andere.

**Der Mittelstand – Fundament des helvetischen Polit- und Wirtschaftssystems – erweist sich entgegen allen Unkenrufen als verblüffend robust.**

«Viele Menschen in der Schweiz haben finanziell längst keinen Puffer mehr», erklärten die Freisinnigen. Über die Hälfte der Millennials und der Generation Z lebe von Lohn zu Lohn. Am Ende des Monats bleibe «kaum etwas übrig». An allen Ecken und Enden zeige sich, dass «das Geld knapp wird». So viel Lamento von den Liberalen gibt zu denken.

Als wäre dies nicht genug der Anbiederung, übernimmt die FDP sogar jenen Kampfbegriff, den die Gewerkschaften und die SP in den letzten Jahren so penetrant wie erfolgreich im Wortschatz der Schweizer Politik etabliert haben: «Kaufkraft». Auch die FDP bestätigt nunmehr offiziell, die Kaufkraft der Schweizer stehe «unter Druck». Signiert ist die in jeder Hinsicht niederschmetternde Botschaft vom Co-Präsidium der Partei, von Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann.

Wie kommt die FDP dazu, die Finanzlage der Schweizer Haushalte so düster darzustellen? Es ging in dem Communiqué um die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die das Volk vor zwei Jahren beschlossen hat und die nun, im Dezember 2026, zum ersten Mal ausbezahlt wird. Die FDP wollte mit ihrer Mitteilung klarstellen, dass sie die Finanzierungspläne der Linken und der Mitte-Partei ablehnt. Diese wollen gleichzeitig die Mehrwertsteuer und die Lohnbeiträge erhöhen, um den AHV-Ausbau zu bezahlen.

Dass die FDP dies ablehnt, ist zu begrüssen. Zwar wird sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht vermeiden lassen, zu schnell und stark wachsen die Ausgaben der AHV. Wo die Freisinnigen aber recht haben: Aus Sicht der Generationengerechtigkeit wäre es unfair, die Lohnbeiträge an die AHV zu erhöhen. Das ist aber noch lange kein Grund, die Schweizer kollektiv als armutsgefährdet hinzustellen. Man kann höhere Lohnabzüge auch bekämpfen, ohne gleich den Teufel an die Wand zu malen.

Vor allem wenn das Bild nichts mit der Realität zu tun hat. Es ist nicht lange her, da hat das Bundes-

amt für Statistik bekanntgegeben, dass die Löhne in der Schweiz 2025 zum zweiten Mal in Folge gestiegen sind, auch wenn man die Teuerung berücksichtigt (netto plus 1,6 Prozent). Zwar war die Entwicklung in den Jahren 2021 bis 2023 tatsächlich negativ. Aber auch ein verwöhntes Land wie die Schweiz kann nicht erwarten, dass Grosskrisen wie die Pandemie und der Ukraine-Krieg spurlos an ihm vorübergehen.

Relevant ist die langfristige Entwicklung: Die Reallöhne sind in den vergangenen zwanzig Jahren auf breiter Front gestiegen. Auch wenn die Bezüge der Spitzenverdiener am stärksten zugelegt haben, so sind auch die Löhne der unteren 10 Prozent gestiegen – und von der immer wieder beklagten Erosion der mittleren Einkommensklassen kann erst recht keine Rede sein. Im Gegenteil: Der Mittelstand – Urzelle und Fundament des helvetischen Polit- und Wirtschaftssystems – erweist sich entgegen allen Unkenrufen als verblüffend robust. Die Statistiker des Bundes vermessen ihn seit mehr als zwanzig Jahren nach allen Regeln der Kunst. Sie haben unter dem schönen Titel «Einkommensmitte» ein Konzept für die akribische Langzeitbeobachtung des Mittelstands entwickelt. Zu ihm gehören nach dieser Definition alle Haushalte, deren Einkommen in einer gewissen Bandbreite um den Mittelwert herum verteilt sind (zwischen 70 und 150 Prozent des Medianlohns).

## Der Blick nach aussen hilft

Und siehe da: Der Mittelstand ist weder spürbar gewachsen noch geschrumpft. Der Anteil der Bevölkerung in der «Einkommensmitte» hat sich seit Einführung der Statistik 1998 nur wenig verändert, mal etwas hinauf, dann etwas herunter. Am Anfang betrug er 57 Prozent, nach der jüngsten Aufdatierung von 2022 sind es 57,6 Prozent. Noch etwas zeigt sich: Dass der Mittelstand besonders stark unter obligatorischen Abgaben wie Steuern und Prämien leidet, ist ein Märchen. In den unteren und oberen Klassen ist der Anteil der Haushalte, die grosse Belastungen von 30 Prozent und mehr schultern müssen, höher als in der Mitte der Gesellschaft.

Es gäbe noch weitere Indizien, die das parteiübergreifende Gejammer als das entlarven, was es ist: Politmarketing. Wenn etwa die Linke routinemässig beklagt, wie schlecht es um die Kaufkraft der Geringverdiener stehe, helfen europäische Vergleiche weiter: Werden die Menschen nach dem effektiven Verzicht auf wichtige Güter oder soziale Aktivitäten gefragt, ist der Anteil der Betroffenen in der Schweiz so klein wie in kaum einem anderen Land.

Umgekehrt bleibt auch von der rechten Kritik am angeblichen «Breitenwachstum» der Schweizer Wirtschaft nicht viel übrig: Zwar stimmt es, dass der Anstieg in der jüngeren Zeit vor allem durch die Zuwanderung getrieben war. Das ändert aber nichts daran, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch das Bruttoinlandprodukt pro Kopf zugenommen hat – und dies notabene auf einem bereits sehr hohen Niveau. Das wird die SVP nicht daran hindern, das Gegenteil zu behaupten, zumal im Juni ihre Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» an die Urne kommt. Auch SP und Grüne werden weiterhin taktisch motivierten Pessimismus verbreiten, um den Ausbau des Sozialstaats voranzutreiben. Erst recht beunruhigend wird es, wenn nun auch die politischen Kräfte im Zentrum der Parteienlandschaft mit diesem Spiel anfangen.

Vor allem die Mitte-Partei scheint tatsächlich entschlossen zu sein, den Polparteien nachzueifern. Sie hat von diesen gelernt, dass es sich lohnt, den Menschen einzureden, es gehe ihnen schlecht und sie würden gegenüber anderen Gruppen benachteiligt. Die Mitte hat diese plumpe Opferretorik mit ihrer Kampagne gegen die angebliche Heiratsstrafe bei den Steuern und der AHV perfektioniert. Krass ist vor allem das Beispiel AHV: Wenn man die Witwenrenten und alle weiteren Leistungen einbezieht, sind Ehepaare sogar besser gestellt als Ledige. Trotzdem macht die Mitte die Verheirateten konsequent zu Benachteiligten und verlangt höhere Renten für sie. Das ist nicht nur unredlich, sondern vor allem ungerecht gegenüber den jüngeren Generationen, die den weiteren AHV-Ausbau bezahlen müssten.

Man mag sich kaum vorstellen, wohin das führt, wenn nun auch die FDP dieses Spiel mitmacht. Der nächste Charaktertest für alle Parteien könnte kurz bevorstehen, falls infolge des Iran-Konflikts die Energiepreise auch hierzulande steigen. Wie lange wird es dauern, bis auch nominell bürgerliche Parteien volkswirtschaftlich unsinnige Subventionen propagieren, um sich bei den angeblichen Opfern beliebt zu machen?

Wenn das so weitergeht, war die 13. AHV-Rente erst der Anfang. Wo bleibt der Gemeinsinn, auf den die Schweiz so stolz war? Wo bleibt der Blick für das Ganze, wenn die Parteien die Bevölkerung in lauter Minderheiten sortieren? Manche davon wären klein, manche gross, alle aber angeblich diskriminiert, und jede hätte eine Partei, die sich ihr als exklusive Heilsbringerin andient.

Parteilichkeit scheint sich diese Opferpolitik auszuwählen. Staatspolitisch ist sie verantwortungslos. Schaut jeder nur noch für sich, weil es ihm angeblich schlechter geht als allen anderen, geht es am Ende allen schlechter.